

Kriegsverbrechen direkt vor unseren Augen

Streumunition: „Bidens heikle Waffenhilfe“, FR-Politik vom 7. Juli

Was sagt unsere Außenministerin dazu?

Brechen jetzt eigentlich alle Dämme? Die USA liefern Streumunition an die Ukraine, und der deutsche Verteidigungsminister Pistorius meint, er habe das nicht zu kommentieren! Als Unterzeichnerstaat muss Deutschland, will es noch ernstgenommen werden, gegen den Einsatz eindeutig Stellung nehmen. Und eine Lieferung über deutsches Gebiet oder gar aus in Deutschland lagernden US-Beständen darf gar nicht erfolgen. Schließlich heißt es im Artikel 1 des „Übereinkommen über Streumunition“:

„Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals a) Streumunition einzusetzen, b) Streumunition zu entwickeln, herzustellen, zu erwerben, zu lagern, zurückzubehalten oder an irgendjemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben.“

Regierungssprecher Hebestreit ist sich sicher, „dass sich unsere US-Freunde die Entscheidung über eine Lieferung entsprechender Munition nicht leicht gemacht haben.“ Es scheint, dass die SPD-dominante Regierung jegliche Eigenständigkeit gegenüber den USA aufgegeben hat. Wo bleibt eigentlich die in Völkerrecht promovierte grüne Außenministerin?

Peter Friedl, Darmstadt

Die Nato verletzt ihre eigenen Werte

Nach Munition mit abgereicherter Uran nun also Streubomben! Damit verletzt die Nato erneut Menschen und die von ihr immer wieder erwähnten Werte. Der kürzlich verstorbene US-amerikanische Whistleblower und Militärstrategie Daniel Ellsberg stuft den von den USA und

Boris Johnson erwirkten Abbruch der Verhandlungen der Ukraine und Russlands unmitelbar vor der Unterschriftslegung am 9.4.2022 als Kriegsverbrechen ein, da alles Töten und alle Zerstörung seither hätte vermieden werden können und müssen. So erweist sich das Schwarz-Weiß-Bild vom Retter Nato gegen den Aggressor als Nebelkerze.

Bernhard Trautvetter, Essen

Wo bleibt unser Aufschrei?

Wo bleibt unser Aufschrei? Mitschuldig an diesem Krieg machen wir uns alle. Nicht dadurch, dass wir der Ukraine mit unseren Waffen beigestanden haben, als sie von Putin überfallen wurde. Aber dadurch, dass wir diesen Weg des Krieges blindlings weiter alternativlos verfolgen.

Keine Auswege, vielleicht Umwege, werden versucht. Kein Einwirken auf Selenskyj wird angegangen, um auf Gesprächsbereitschaft ohne Vorgaben, auf Kompromisse, auf Hinnehmen von Landverlust gegenüber dem Erhalt von Menschenleben hinzuwirken. Stattdessen halten wir diesen sich dahinschleppenden Krieg auch mit unseren Waffen am Laufen, genau wissend, dass er irgendwann über Kompromisse beendet werden wird.

Wir nicken Worte von „Sieg, Ruhm, Ehre“ wortlos ab, als hätten wir durch das Erbe unserer Eltern generation nichts Besseres gelernt. Wir hinterfragen nicht, wir verdrängen. Wir mucken nicht auf, wir liefern – und vergessen völlig, dass wir vor kurzer Zeit noch hinter „Frieden schaffen ohne Waffen“ gestanden haben. Worthülsen?

Jetzt werden von Seiten der Ukraine Streubomben gefordert.

Deutschland hat diese geächtet, liefert sie nicht. Reicht das? Wir halten den Mund (Pistorius: „Kein Kommentar“ zur amerikanischen Bereitschaft), anstatt endlich laut zu werden. Wir lassen die Amerikaner machen, ohne selbst schmutzige Hände zu bekommen. Werden wir damit den Menschen, meist Kindern, gerecht, die in späteren (vielleicht) Friedenszeiten von dieser Munition getötet werden?

Eine Grenze wurde mit der Ankündigung von Streubomben überschritten. Wie erbärmlich unser Argument: „Die Russen machen's ja auch“. Lassen wir mit unserer Kriegsunterstützung und dem stillen Abnicken des Einsatzes dieser grausamen Waffen jede Menschlichkeit hinter uns und folgen dem unsinnigen Kriegsziel des Siegens um jeden Preis? Wo bleibt unser Aufschrei? Hanne Strack, Rüsselsheim

Was kommt als Nächstes?

Mini-Nukes?

Vor unseren Augen werden Kriegsverbrechen begangen. Die USA liefern die Waffen dazu, die Bundesregierung äußert Verständnis. Empörend! Wer so handelt, hat jegliche moralische Legitimation verwirkt, abscheuliche Kriegsverbrechen anderswo anzuprangern.

Die ukrainische Regierung versucht den östlichen Teil des Landes, den sie befreien will. Die Leiden der meist russischsprachigen Bevölkerung dort sind ihr offensichtlich egal. Wie die Landesteile jemals wieder zusammenpassen können, sollte die Ukraine den Krieg gewinnen, ist mir schleierhaft. Ist der nächste Eskalationsschritt der Einsatz strategischer Atomwaffen, „Mini-Nukes“?

Peter Bachmayer, Heidelberg

Diskussion: frblog.de/streumunition



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230710

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Die Risiken gegenüber China minimieren, aber wie?“. Mit Reinhard Bütikofer (Grüne, MdEP), Gabriela Heinrich (SPD, MdB) und Jonas Wolff (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Stream: youtube.com/hausamdom
Mittwoch, 12. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bascha Mika moderiert Lesung und Gespräch mit dem diesjährigen Sachbuchpreisträger Ewald Frie und stellt dessen neues Buch „Ein Hof und elf Geschwister“ vor. Anmeldung erforderlich.
Donnerstag, 13. Juli, 19 Uhr
Deutsche Bank Türme
Taunusanlage 12, Frankfurt

Christian Thomas stellt im Gespräch mit dem gebürtigen Ukrainer und in Frankfurt lebenden Lyriker Yevgeniy Breyger dessen Gedichtband „Frieden ohne Krieg“ sowie die „Kleine Ukraine-Bibliothek“ des FR-Feuilletons vor, Darin wurde das Buch als Folge Nr. 34 besprochen. Um Anmeldung per E-Mail an kulturportal@stadt-frankfurt.de wird gebeten.

Dienstag, 25. Juli, 19 Uhr
Historische Villa Metzler
Schaumainkai 17, Frankfurt

Wichtiger Schlüssel

Zu: „AfD ist kein Ostproblem“, „Lücken schließen“, FR-Politik u. -Meinung, 4.7.

Es fehlt nicht nur in der Politik, sondern oft auch in der Wirtschaft an einer positiven Zukunftserzählung. Viel zu viele Firmen bzw. deren Führungskräfte betrachten die Digitalisierung immer noch ohne einen echten kreativen Masterplan als ein reines IT-Thema. Zum anderen erscheint die vermeintliche Demokratiekrise im Osten, die eigentlich eher eine (Alt-) Parteienkrise ist, zum Teil hausgemacht, wenn man daran denkt, wie nach der Wiedervereinigung viele Jugendangebote wie z.B. der Hörfunksender „DT64“ trotz teils massiver Proteste von westdeutschen Technokraten geschlossen wurden, die der verunsicherten jungen Wende generation Halt hätten geben können, oder wie bis heute selbst in Einrichtungen, die sich mit der DDR-Geschichte beschäftigen, häufig Historiker mit einer Biografie aus der alten Bundesrepublik die höchsten Posten besetzen. Deshalb liegt ein entscheidender Schlüssel, um den destruktiven Rechtspopulismus zurückzudrängen, neben einer stärkeren inhaltlichen Auseinandersetzung vor allem darin, die letzten drei Jahrzehnte endlich kritisch aufzuarbeiten!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Geht es auch ein bisschen weniger materialistisch?

Lars Klingbeil meint, man solle es mit guter Politik versuchen oder gar zum Äußersten schreien und sich in seinem Wahlkreis blicken lassen. Löblich. Der Kommentator beschreibt, dass sich die AfD als Kümmererpartei darstellt. Heißt wohl, die einen sind Vorort, die anderen nicht. Weiter spricht Klingbeil von fairen Löhnen, Mieten etc. Alles gut und richtig. Aber auch sehr „materialistisch“. Wie wäre es, wenn die SPD sich auf einen weniger materialistischen Schwerpunkt besinnt und wieder „mehr Demokratie wagt“?

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Diskussion: frblog.de/sonneberg

Streit wird andauern

Schlichtung im Tarifstreit Bahn/EVG: „Warnstreik abgeblasen“, FR v. 30.6.

In der Berichterstattung über diesen Tarifstreit wird fast immer so getan, wenn sich die Akteure Bahn und EVG verständigen, sei die Bundesbahn wieder handlungsfähig. Überhaupt nicht erwähnt wird, dass nach einer Einigung dieser Kontrahenten die Lokführergewerkschaft und Herr Weselsky kommen werden und ihrerseits Tarifgespräche fordern. Wie viel sie erreichen, ist denen im Prinzip egal. Es muss nur mehr sein als das, was die EVG erreicht hat. Da die Bahn das kaum stemmen kann, geht der Streit mit möglichen Streiks weiter.

Eberhard Drück, Wachtberg

Die bayerische Großsprecherpartei

Alexander Dobrindt (CSU): „Wir verstehen uns als konstruktive Opposition“, FR-Politik vom 7. Juli

Dobrindt sinkt auf Stammtischniveau

CSU-Landesgruppenchef Dobrindt antwortet im großen FR-Interview auf die Frage, warum er die Ampel-Koalition ausgerechnet mit Begriffen wie „Heizhammer“, „Klima-RAF“ oder „Verramschen der Staatsbürgerschaft“ attackiere: „Wir verstehen uns als konstruktive und kritische Opposition“. Mit dieser Absenkung des politischen Diskurses auf Stammtischniveau nimmt die deutsche Demokratie, die es derzeit ohnehin schwer hat, sich gegen die vereinfachenden Hetzer von rechts durchzusetzen, schweren Schaden. Gleich zweimal denunziert Dobrindt in Trumpscher Manier die vom Verfassungsgericht eingeforderte Reform des Wahlrechts als „Wahlrechtsmanipulation“, ohne dass die beiden FR-Interviewerinnen unverzüglich intervenieren. Warum haken sie nicht nach, als er ihre Frage, ob

er an dem millionenschweren Mautdebakel eine Mitverantwortung trage, einfach nicht beantwortet? Ausgerechnet Alexander Dobrindt, der in seiner Zeit als CSU-Verkehrsminister in der dringend nötigen Mobilitätswende nichts zustande gebracht und bei der digitalen Zukunft Deutschlands völlig versagt hat, inszeniert sich hier als der große Kritiker der Ampel-Koalition, die die Wähler in die Arme der Protestparteien treibe. Dabei haben Alexander Dobrindt und Andreas Scheuer in ihrer Zeit als Verkehrsminister durch ihre dilettantische Maut-Politik gerade einen Schaden zu Lasten der deutschen Steuerzahler in Höhe von 243 Mio. Euro angerichtet.

Hans Schinke, Offenbach

Tiefes Schweigen in der CSU zu Themen wie der Maut

Auffallend ist das vernehmbare Schweigen der bayerischen Großsprecherpartei. Haben sie

jahrelang in den Bierzelten mit dem Mautthema auf die dicksten Trommeln gehauen, so herrscht da heute absolute Ruhe – nicht nur darüber. Selbst der Parteichef, der sonst zu allem und jedem, was ihn nichts angeht, eine öffentliche Meinung hat, lässt sich derzeit nicht vernehmen. Ausgerechnet denen hat es nun die Sprache verschlagen, kurz vor der Landtagswahl. Das geschieht diesen Allesbesserwissern zu recht.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

Ich vermisse kritisches Nachfragen

Dobrindt teilt aus („Murks“, „Arroganz-Ampel“), Konstruktives fehlt weitgehend. Ich vermisste Nachfragen. Wieso lassen die beiden Redakteurinnen die Nicht-Antwort auf die Frage nach den 243 Millionen Euro für die geplante PKW- Maut einfach so stehen?

Reinhard Wetzels, Hamburg